Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 118 (2024)
Heft: 2

Artikel: Die Mauern überwinden
Autor: Seifert, Kurt
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1062544

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Mauern überwinden

Kurt Seifert

Das schwierige Verhältnis der sozialen zur nationalen Frage hat die Arbeiter*innenbewegung seit ihren Anfängen stark beschäftigt. Solidarität mit einem Blick über die Grenzen hinweg hatte es nie leicht. Heute kommt hinzu, dass viele Menschen ihr Heil bei nationalistischen Demagog*innen suchen. Was tun?

Taking back control: Mit dem Kampfruf, die «Kontrolle zurückzugewinnen», hatten sich die Brexit-Anhänger*innen beim britischen Referendum im Juni 2016 knapp durchgesetzt. Trotz des Votums von *Labour* für den Verbleib Grossbritanniens in der Europäischen Union (EU) stimmten beachtliche Teile der englischen Arbeiter*innenklasse für den EU-Austritt. Sie taten dies angesichts der fortschreitenden Deindustrialisierung ihres Landes und aus der vagen Hoffnung heraus, die Abwehr von «Fremden» mittels Drosselung der Migration könne ihre eigene Misere beenden.

Nur wenige Monate später, im November 2016, schien sich die Geschichte in den Vereinigten Staaten zu wiederholen. *Make America Great Again*: Mit dieser patriotischen Parole gewann der Republikaner Donald Trump Stimmen aus der weissen Unterschicht, die zuvor zumeist demokratisch gewählt hatte, wenn sie überhaupt zur Urne ging. Sein Trumpf war das Versprechen, die nach China oder anderswohin ausgelagerten Arbeitsplätze würden wieder zurückkommen. Damit könnte, so die Erwartung vieler, ihrem Abstieg auf der sozialen Stufenleiter ein Ende gesetzt werden.

Zwei Beispiele unter anderen, die einen Rechtsruck der Arbeiter*innenklasse nahelegen. Wie konnte es dazu kommen? Das fragen sich seither linke Intellektuelle und Politiker*innen. Bei der Suche nach griffigen Erklärungen haben die Analysen des französischen Soziologen Didier Eribon besonders viel Aufmerksamkeit gefunden. Das Buch *Rückkehr nach Reims* war in deutscher Übersetzung in jenem bedeutsamen Jahr 2016 erschienen, in dem die Arbeiter*innenklasse sich wieder in Erinnerung rief. Sein Werk wurde zum Bestseller und Eribon zu einem gefragten Interpreten der Gegenwart.

Geschichte einer Entfremdung

Eribon kommt aus einer Arbeiter*innenfamilie. Für sie, wie für viele Menschen aus armen Verhältnissen, «bestand das Linkssein vor allem darin, ganz pragmatisch das abzulehnen, worunter man im Alltag litt».[1] Doch was geschah, als sich die linken Parteien von ihren klassenkämpferischen Ursprüngen verabschiedeten und auf einmal von «notwendigen Reformen» sprachen? Sie entfremdeten sich von den «einfachen Leuten» – und diese sich von ihnen. Der Soziologe fragt: «Von wem dürfen sich die Ausgebeuteten und Schutzlosen heute vertreten und verstanden fühlen?»[2] An der Geschichte seiner Familie beobachtet Eribon den allmählichen Übergang von links nach rechts, der über das Individuelle hinaus zum Ausdruck eines kollektiven Prozesses wird. Er sei sich sicher, «dass man die Zustimmung zum Front National zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss»[3]: jener Schichten, die sich im politischen System nicht mehr repräsentiert fühlen.

Die Fremdenfeindlichkeit, auf der die Ideologie des Front National (heute: Rassemblement National) fusst, fiel nicht einfach vom Himmel: Ein «tief sitzender Rassismus» habe bereits vor dem Aufstieg der Rechtspopulisten

«eines der dominanten Merkmale der weissen Arbeitermilieus und Unterschichten» ausgemacht, hält Eribon fest.[4] Trotzdem stimmten diese Arbeiter*innen zu jener Zeit für Parteien, die offiziell den Rassismus anprangerten. «Mit der Entscheidung für linke Parteien wählte man gewissermassen gegen seinen unmittelbaren rassistischen Reflex an.»[5] Der Alltagsrassismus sei dann aber ganz allmählich «zum dominierenden Modus der Wahrnehmung der sozialen Welt» geworden.[6]

Das ist aus einer französischen Warte geschrieben. Eribons Einsichten lassen sich nicht ohne Weiteres auf schweizerische oder deutsche Verhältnisse übertragen. Auf ihre Weise haben aber fundamentale Veränderungen im Produktionssektor das rasante Wachstum der rechtsnationalen Schweizerischen Volkspartei (SVP) beeinflusst: Durch die nach dem Zweiten Weltkrieg vom Kapital erwünschte Zuwanderung zumeist wenig qualifizierter Migrant*innen aus dem Süden, später auch aus dem Südosten Europas, war es vielen der hiesigen Arbeiter*innen möglich geworden, sozial aufzusteigen. Sie konnten jetzt auf die anderen herunterschauen – und nahmen sie zugleich als Bedrohung ihrer Lebensweise wahr. Ihre diffuse Angst vor den «Fremden» griffen Parteien wie die Nationale Aktion und später die SVP auf. Fatalerweise hatten die Gewerkschaften diesen Weg vorgespurt, als sie bereits in den 1960er Jahren den Begriff der «Überfremdung» in ihre eigene Programmatik aufnahmen.[7]

Sozialpatriotismus statt Solidarität

Sozialist*innen im ausgehenden 19. Jahrhundert galten dem deutschen Bürgertum als «vaterlandslose Gesellen». Der Vorwurf gründete vor allem darin, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) dieser Zeit die Politik kolonialer Expansion und imperialistischer Herrschaftsansprüche des Deutschen Reichs vehement kritisierte. Tatsächlich hatten Karl Marx und Friedrich Engels im *Manifest der Kommunistischen Partei* konstatiert: «Die Arbeiter haben kein Vaterland.» Erst wenn das Proletariat die politische Macht erobere, werde es sich zur «nationalen Klasse» erheben. Die beiden Revolutionäre stellten sich vor, durch «[v]ereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder», könne die Befreiung von der Bourgeoisie näher rücken. Dann würden «[d]ie nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker» [8] immer weniger eine Rolle spielen.

Die Aufhebung von Unterdrückung *innerhalb* der Nationen hing für die beiden Vordenker des Sozialismus/Kommunismus engstens mit der Aufhebung von Unterdrückung *zwischen* den Nationen zusammen. Dieser Gedanke konnte sich allerdings in der Zweiten Internationale der Arbeiter*innenbewegungen nicht durchsetzen. Stattdessen nahm ein Sozialpatriotismus überhand, der die Anliegen der «eigenen» Arbeiter*innenklasse gegen jene der «fremden» auszuspielen versuchte – und dies vielfach im Einklang mit den Interessen der «eigenen» Kapitalistenklasse. Die Abkehr von der einstigen Absage ans «Vaterland» erreichte ihren traurigen Höhepunkt im August 1914 mit der Zustimmung einer übergrossen Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten.

Kompromiss statt Konkurrenz

Die in Opposition dazu stehende Rosa Luxemburg hatte versucht, während des Weltkriegs eine neue, wahrhafte Internationale aufzubauen. Doch der russische Revolutionär Lenin lief ihr dabei den Rang ab. Luxemburg ging es um die Selbstbefreiung der bislang unterdrückt gehaltenen Volksmassen, während Lenin davon überzeugt war, dass der Prozess der Befreiung einer Organisierung entschiedener Revolutionär*innen bedürfe, die den herrschenden Mächten Paroli bieten könnten. Der Versuch, durch die Dritte, die Kommunistische Internationale die Weltrevolution voranzutreiben, scheiterte bekanntlich, doch nach dem Zweiten Weltkrieg lebte zumindest ein Drittel der Menschheit in sich selbst als «sozialistisch» bezeichnenden Staaten.

Zwei Weltlager mit scharf gezogenen Grenzen waren entstanden: hier die sogenannt freie Welt, «drüben» der vermeintlich realexistierende Sozialismus. Die beiden Lager lebten nebeneinanderher, zwischen ihnen war Kalter Krieg. Trotz ihrer Trennungen übten die beiden Lager einen starken Einfluss aufeinander aus. Ohne die Existenz eines «sozialistischen Lagers» wäre beispielsweise die Entwicklung des Sozialstaats im westlichen Europa kaum denkbar gewesen. Auf dem Hintergrund der globalen ideologischen Konkurrenz mussten Kapital und Arbeit im Westen einen Kompromiss schliessen: Ansonsten hätten die führenden Köpfe beider Klassen befürchten müssen, dass sich die Volksmassen radikalisieren und ihre Sache doch noch in die eigene Hand nehmen.

Das wesentliche Ergebnis dieses Kompromisses bestand in dem, was als «demokratischer Kapitalismus» (Wolfgang Streeck) bezeichnet wird. Er ermöglichte die «glorreichen dreissig

Krisen schienen überwunden zu sein, und jetzt konnte es nur noch weiter aufwärtsgehen. Werch ein Illtum (Ernst Jandl)!

Jahre» der Nachkriegszeit bis etwa Mitte der 1970er Jahre, in denen sich die Lebensbedingungen der «kleinen Leute» ganz entscheidend verbesserten. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass solche Verbesserungen auch auf (neo-)kolonialen Strukturen und der Ausbeutung der Ressourcen des Globalen Südens sowie auf einem bestimmten Modell der Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern beruhen.

Wie kam es dann zum Bruch dieses «Nachkriegsfriedens» (Streeck)? Eine nicht unwesentliche Rolle spielte die weltweite Welle «wilder» Streiks an der Wende der 1960er und 1970er Jahre, die in den Ländern des demokratischen Kapitalismus auf eine Erosion der traditionellen «Sozialpartnerschaft» hindeuteten. Der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck argumentiert, Arbeitgeber und manche Regierungen hätten damals befürchtet, krisenfreies Wachstum und gesicherte Vollbeschäftigung würden zu einem «Übermut der Massen» führen, weil diese durch den Wohlstand «zu anspruchsvoll» geworden seien.[9]

Zum besseren Verständnis der gesellschaftlichen Vorgänge im letzten halben Jahrhundert lohnt es sich, ein ausgesprochen informatives Buch von Streeck aus dem Jahr 2013 nochmals zu konsultieren: *Gekaufte Zeit* untersucht die «lange Wende» vom an dieser Stelle nur knapp skizzierten Nachkriegskapitalismus zum Neoliberalismus. Der Autor hält mit einigem Erstaunen fest, diese in den 1970er Jahren beginnende Richtungsänderung sei auf «bemerkenswert schwachen Widerstand» gestossen, obwohl damit doch wichtige Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung infrage standen.[10] Stark befördert wurde dieser Prozess dann durch den Zusammenbruch des einstigen «sozialistischen Lagers» und die vermeintliche Aussicht auf ein «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama) unter der Herrschaft der einzig verbliebenen Supermacht USA. Dieser Moment scheinbar unbeschränkten Schaltens und Waltens eines Imperiums ist schon im Schwinden begriffen. Allerdings hat er in der westlichen Welt seine Spuren in Gestalt einer wieder zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und insbesondere auch Vermögen hinterlassen.

Ende des Gemeinwohls

Das Ende des «realexistierenden Sozialismus» fand seinen Ausdruck im Fall der Berliner Mauer im November 1989. Grenzen schienen jetzt keine Rolle mehr zu spielen – zumindest hier in Europa. Der Kontinent wuchs zusammen: wirtschaftlich, politisch, kulturell. Die

Karl Marx und Friedrich Engels im Manifest der Kommunistischen Partei: «Die Arbeiter haben kein Vaterland.»

Kräfte des Marktes hatten über die Mächte der Beharrung gesiegt – und fast alle meinten davon zu profitieren: der Konsumkapitalismus in seiner vollen Blüte. Krisen schienen überwunden zu sein, und jetzt konnte es nur noch weiter aufwärtsgehen. Werch ein Illtum (Ernst Jandl)!

Die Globalisierung glich einem Wunschtraum und trug einen beinahe religiös zu nennenden Glauben an den unendlichen, grenzenlosen Fortschritt in sich. In dieser Ära entstand ein Mischwesen, das die US-amerikanische Sozialwissenschaftlerin und Philosophin Nancy Fraser den «progressiven Neoliberalismus» nennt. Es ist aus der Verbindung zwischen Vertreter*innen neuer sozialer Bewegungen und dem globalen Finanzkapital in Form von hoch technisierten und dienstleistungsbasierten Industrien im *Silicon Valley* und anderswo entstanden. Sie eint ein liberal-individualistisches Verständnis von Fortschrittlichkeit. In diesem Schmelztiegel kommen «eingeschränkte Emanzipationsziele und menschenfressender Finanzkapitalismus» zusammen, so Fraser.[11]

Für die alte Frage nach der Gerechtigkeit und die traditionellen Antworten darauf (Sozialismus/Kommunismus beziehungsweise demokratischer Kapitalismus) haben progressive Neoliberale bloss ein müdes Lächeln übrig. Da sie in ihrer Mehrheit zu den sozialen Gewinner*innen gehören, glauben sie, ihr Schicksal verdient zu haben – «und dass diejenigen, die unten sind, ihres ebenfalls verdienen», schreibt der US-amerikanische Philosoph Michael J. Sandel über das *Ende des Gemeinwohls*.[12] Er nennt dies die «meritokratische Überheblichkeit» der neoliberalen Eliten, durch die sich «die da unten» zu Recht gedemütigt fühlen. Populist*innen wie Donald Trump haben dann ein leichtes Spiel, solche Eliten als «Feinde des einfachen Volkes» zu etikettieren, obwohl sie selbst kaum einen konstruktiven Beitrag zur Lösung dieser Frage leisten. Darauf scheint es auch gar nicht anzukommen – Hauptsache, die Frontlinie zwischen «uns, dem Volk» und «jenen, die nicht zu uns gehören» ist geklärt! Dann lassen sich die Ursachen allen Übels anderswo auffinden, anklagen und bekämpfen.

Sozial nur national?

Gemäss *World Inequality Report 2022* hat sich die Ungleichheit der Einkommen innerhalb der nationalen Gesellschaften seit Ende der 1970er Jahre deutlich erhöht und erreicht bald einen Grad, wie er zuletzt zu Beginn des 20. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt des westlichen Imperialismus, zu beobachten war.[13] Die

zunehmende Ungleichheit ist eine Folge neoliberaler «Reformen», die auf einen «schlanken» Staat zielen, der überflüssigen «Speck» abbaut, sprich: seine sozialen Sicherungssysteme auf das Nötige reduziert, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Zu solchen «Reformen» soll es gemäss dem berühmten Ausspruch von Margaret Thatcher keine Alternative geben, und deshalb sprang auch ein sich als «modern» verstehender Teil der Linken auf diesen Zug ins Nirgendwo auf.

Kampf um Befreiung

Deshalb die Frage: Gäbe es denn einen Weg zurück zu einem «demokratischen Kapitalismus», der für mehr sozialen Ausgleich sorgen könnte? Die deutsche Politikerin Sahra Wagenknecht ist offenbar davon überzeugt und tritt jetzt mit einer eigenen politischen Formation an – irgendwo zwischen links und rechts, oder in ihren eigenen Worten: «linkskonservativ».[14] Zu «konservieren» sind gemäss ihrer Auffassung Nationalstaaten, die als «Schutzräume» verstanden werden, mit denen sich Menschen identifizieren und zu deren Wohl sie dienen. Allerdings könnten solche Räume «ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen, wenn sie für jeden geöffnet werden»[15]. Deshalb müssen nach Wagenknecht die Zugänge überwacht, sprich: die Migration muss kontrolliert werden. Inwiefern ist ihr Programm dann noch links? Weil innerhalb des nationalen «Schutzraums» mehr Gemeinsinn möglich sei, wäre auch eine Politik denkbar, «die den Kapitalismus mindestens bändigen, perspektivisch vielleicht sogar überwinden kann».[16]

Polemische Kritiker*innen bezeichnen Wagenknechts Position gerne als «national-sozialistisch» und rücken sie damit in die Nähe der Nazi-Bewegung. Dabei wird leicht übersehen, dass auch der westeuropäische Sozialstaat der Nachkriegszeit im Wesentlichen national ausgerichtet war. Die kapitalistischen Marktkräfte bedürfen der Einbettung in staatliche Strukturen, die im besten Falle demokratisch kontrolliert werden. Auf transnationaler Ebene ist dies kaum möglich, wie der weitgehend erfolglose Kampf um eine tatsächliche Demokratisierung der EU zeigt. Der bereits zitierte Soziologe Wolfgang Streeck glaubt sogar, der Nationalstaat sei «das einzige soziale Gebilde [...], das demokratisierbar ist».[17]

Wie kommen wir zu politischen Strukturen, die Sicherheit gegen die zerstörerischen Kräfte des kapitalistischen Marktes gewähren können, solange eben der Kapitalismus nicht überwunden wurde? Die Systemtheorie lehrt uns, dass solche sozialen Gebilde in einem Wechselverhältnis zu ihrer Umwelt stehen, von der sie sich zugleich abgrenzen müssen, um funktionsfähig zu bleiben. Wie sorgen wir dafür, dass solche Grenzen nicht zu unüberwindlichen Mauern für jene werden, die auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben sind, das sie in ihrer Heimat nicht finden, weil dort Hunger, Krieg oder Perspektivlosigkeit herrschen?

Das hiesse, an die Einsichten der Internationale von einst anzuknüpfen, der Kampf um die Befreiung müsse auf der nationalen *und* auf der transnationalen Ebene geführt werden. Beides gehört zusammen und darf nicht gegeneinander ausgespielt werden: das Ringen um soziale Sicherheit für die Schwachen in der eigenen Gesellschaft – und Solidarität mit jenen, die im Mittelmeer zu ertrinken drohen. Ob diese Botschaft bei jenen ankommen wird, die jetzt noch ihr Heil bei den Propagandist*innen nationalistischer Mythen suchen? Wir wollen es hoffen – und daran arbeiten. ●

○ Kurt Seifert, *1949, ist Mitglied der Redaktion der *Neuen Wege* und lebt in Winterthur.

1 Didier Eribon: *Rückkehr nach Reims.* Aus dem Französischen von Tobias Haberkorn. Berlin 2016, S. 38.

2 Ebd., S. 39.

3 Ebd., S. 124.

4 Ebd., S. 133.

5 Ebd., S. 135.

6 Ebd., S. 136.

7 Jakob Tanner: *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert.* München 2015, S. 341.

8 Karl Marx, Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei.* In: Dies.: *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Band I.* Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der SED. Berlin 1968, S. 17–57; Zitate S. 43.

9 Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012.* Berlin 2013, S. 53.

10 Ebd., S. 58.

11 Nancy Fraser: *Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus.* Aus dem Englischen von Frank Jakubzik. In: Heinrich Geiselberger (Hrsg.): *Die grosse Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit.* Berlin 2017, S. 77–91; Zitat S. 83.

12 Michael J. Sandel: *Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreisst.* Aus dem amerikanischen Englisch von Helmut Reuter. Frankfurt/M. 2020, S. 42.

13 (Coordinated by) Lucas Chancel, Thomas Piketty, Emmanuel Saez, Gabriel Zucman: *World Inequality Report 2022.* Website: wir2022.wid.world.

14 Sahra Wagenknecht: *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt.* Frankfurt/M. 2021, S. 226.

15 Ebd., S. 218.

16 Ebd., S. 219.

17 Wolfgang Streeck: *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus.* Berlin 2021, S. 491.